



Urnengang vom 1.12.2024 über die Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG) – Kurzbericht des Liechtenstein-Instituts

Stand: 3.12.2024 – vorläufige Ergebnisse der Onlineumfrage

Zur Befragung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage zur Abstimmung vom 1.12.2024 durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während das Liechtensteiner Vaterland wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig war. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein und 1FLTV zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Briefwahlanteil betrug bei dieser Abstimmung 97,7 Prozent.¹ Demnach wurde der Stimmentscheid in den allermeisten Fällen vor dem Wahlsonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 19. November 2024 lanciert, also rund zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin. Beendet wurde die Umfrage am Abstimmungssonntag um Mitternacht. Insgesamt nahmen 833 Befragte an der Umfrage teil. In den nachfolgenden Analysen wurden indessen nur die tatsächlich *Stimmenden* (n=613) berücksichtigt.

Die Daten sind gewichtet. Die Fehlermarge beträgt für die Gesamtstichprobe und einer 50/50-Verteilung rund +/-4 Prozentpunkte. Für kleinere Subgruppen, beispielsweise die Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200), wächst die Fehlermarge auf rund +/-7 Prozentpunkte an.

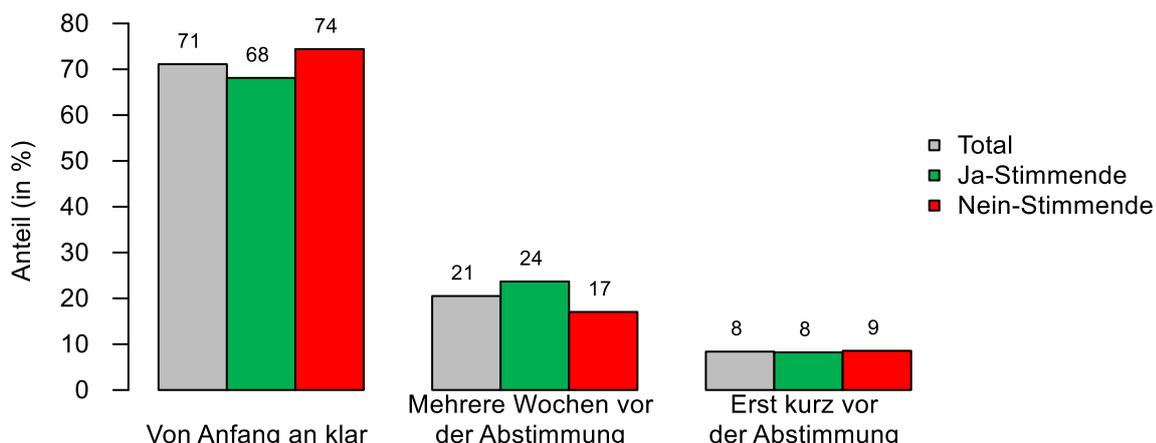
Meinungsbildung

Insbesondere die Nein-Stimmenden entschieden sich schon früh, wie sie abstimmen wollen, zumal der Mehrzahl von ihnen der Entscheid eher leichtfiel. Die Resultate im Detail:

Urteilsbildung: Drei Viertel der Nein-Stimmenden wussten gemäss eigenem Bekunden von Beginn weg, wie sie abstimmen werden (74 %), während sich der restliche Viertel erst im Verlaufe des Abstimmungskampfes festlegte. Demgegenüber waren sich die Ja-Stimmenden insgesamt etwas seltener von Anfang an sicher, wie sie abstimmen wollen (68 %). Rund ein Viertel entschied sich während des Abstimmungskampfes, aber mehrere Wochen vor der Abstimmung (24 %), während acht Prozent sich erst kurz vor der Abstimmung festlegten. Insgesamt entschieden sich rund sieben von zehn Stimmenden schon von Anfang an (71 %) und rund ein Fünftel mehrere Wochen vor der Abstimmung (21 %).

¹ <https://abstimmung.li/resultat/35> [01.12.2024]

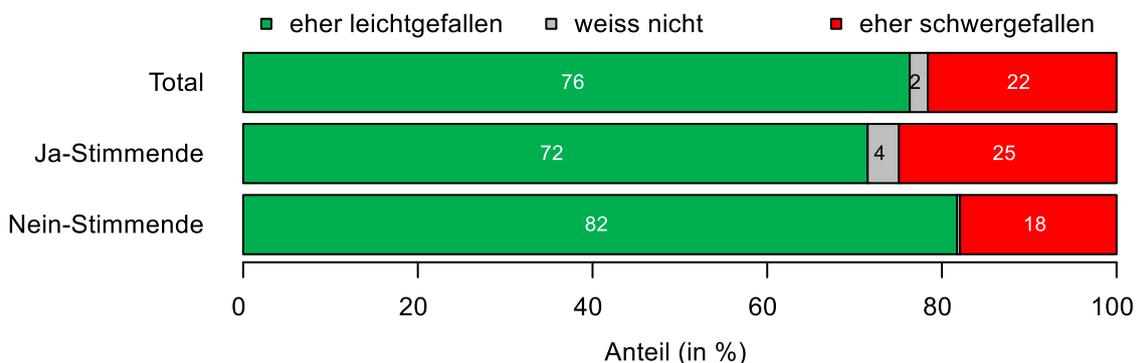
Frage: Wann ungefähr haben Sie sich entschieden, wie Sie bei der SPL-Vorlage abstimmen wollen?



Verständlichkeit: Etwa drei von vier Stimmenden fiel es eher leicht zu verstehen, worum es inhaltlich bei der Vorlage ging (76 %). Im Vergleich zu vorhergehenden Abstimmungen (seit 2022)² ist dies ein tiefer Wert. Einzig der IWF-Beitritt bereitete den Stimmenden ähnliche Mühe (77 %). Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Entscheid einer klaren Mehrheit der Teilnehmenden eher leichtfiel.

Kontraintuitiv ist indessen, dass man am 1. Dezember 2024 bei Verständnisschwierigkeiten eher ein Ja als ein Nein in die Urne legte. Denn den Ja-Stimmenden fiel der Entscheid häufiger schwer als den Nein-Stimmenden. Gemäss eigenen Aussagen hatte rund ein Viertel der Ja-Stimmenden diesbezüglich Mühe (25 %). Von den Nein-Stimmenden gaben demgegenüber mehr als vier von fünf Stimmenden an, dass ihnen der Entscheid eher leichtgefallen sei (82 %). Üblicherweise wird eine Vorlage, die inhaltlich überfordert, eher abgelehnt («im Zweifel Nein»).

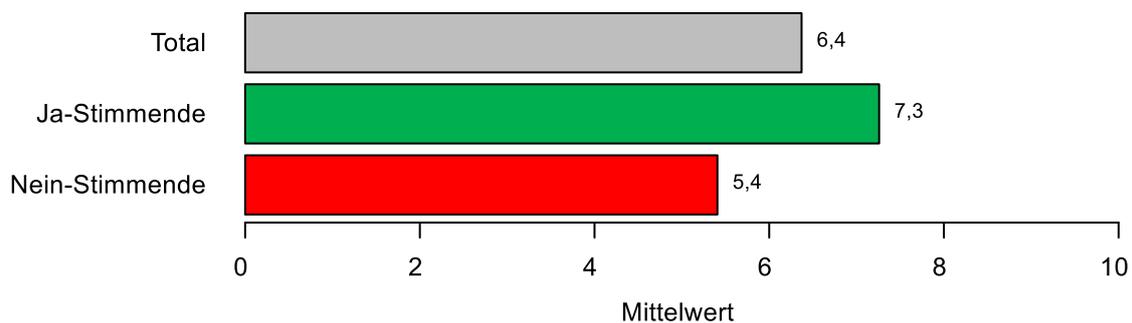
Frage: Ist es Ihnen leichtgefallen oder schwergefallen zu verstehen, worum es bei der SPL-Abstimmung geht?



² Die Frage nach der Komplexität des Entscheidungstoffes wird erst ab jenem Jahr (2022) regelmässig gestellt.

Persönliche Bedeutung: Das Thema der Reform der staatlichen Pensionskasse war den Stimmenden durchaus wichtig. Dies zeigt der Mittelwert von 6,4 auf der Skala von 0 («überhaupt nicht wichtig») bis 10 («sehr wichtig»). Es ist seit 2022 der zweithöchste durchschnittliche Bedeutungswert einer Vorlage. Grössere Bedeutung wurde seit 2022 einzig dem Neubau des Landesspitals beigemessen. Dabei schrieben vor allem die Ja-Stimmenden dem Thema eine hohe Wichtigkeit zu (Mittelwert 7,3). Der Durchschnittswert von 5,4 bei den Nein-Stimmenden zeigt aber, dass das Thema auch für die Nein-Stimmenden von Relevanz war – schliesslich liegt dieser Wert, wenn auch knapp, über der Mitte der Skala von 0 bis 10.

Frage: Wie wichtig ist das Thema der Reform der staatlichen Pensionskasse für Sie persönlich?

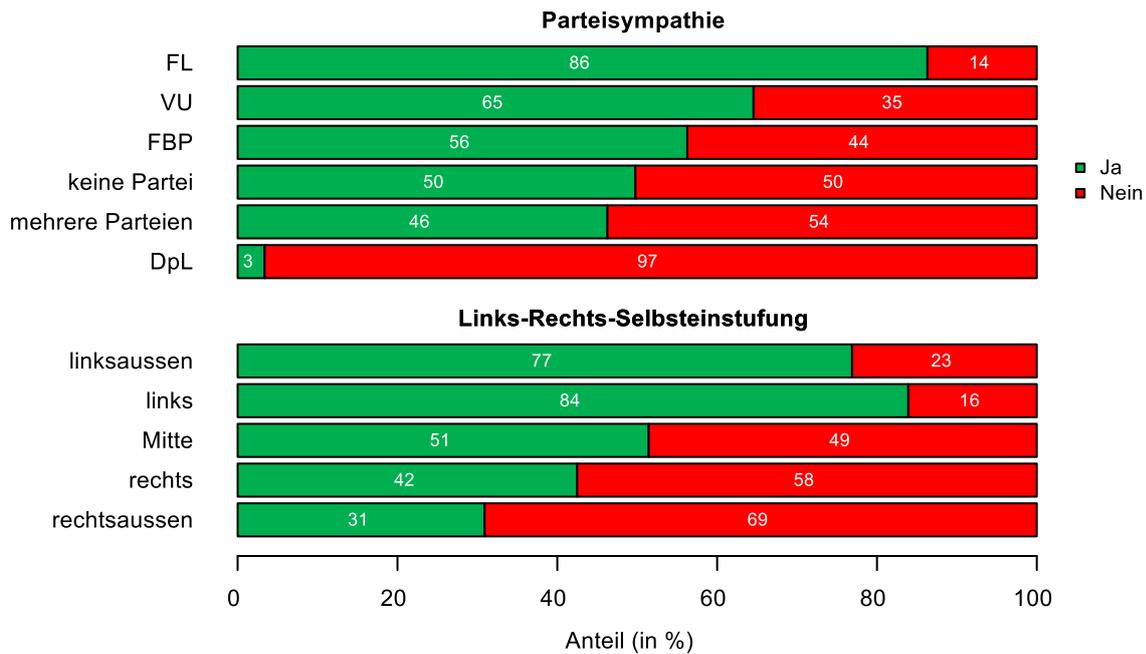


Wenig überraschend war die Vorlage für SPL-Versicherte von enormer Bedeutung (9,0), während die Übrigen ihr eine deutlich geringere (persönliche) Wichtigkeit (5,5) zusprachen. Für Rentnerinnen und Rentner, die bei der SPL versichert sind, war die Vorlage überdies etwas weniger wichtig (8,1) als für SPL-Aktivversicherte (9,3).

Stimmentscheid

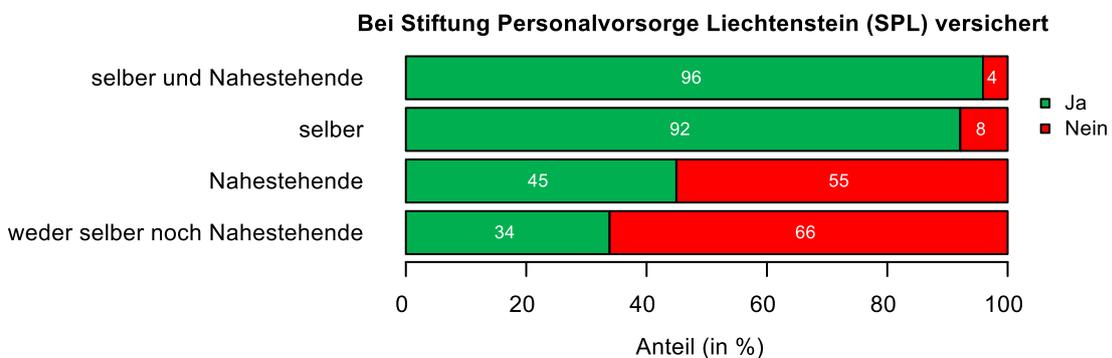
Die Vorlage stiess allen voran unter den Anhängerinnen und Anhängern der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) auf grosse Ablehnung. 97 Prozent von ihnen legten ein Nein in die Urne. Auf der anderen Seite des Spektrums finden sich die Sympathisierenden der Freien Liste (FL). Sie stimmten der Vorlage klar zu (86 %). Auch die Anhängerschaften der beiden Grossparteien nahmen die Vorlage an. Unter den VU-Sympathisierenden liegt die Zustimmung bei 65 Prozent, unter den FBP-Sympathisierenden bei 56 Prozent. Die grosse Gruppe der Parteiungebundenen ist mittig gespalten. Die Hälfte von ihnen nahm die Vorlagen an, die anderen Hälfte lehnte sie ab.

Der Stimmentscheid korreliert mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse. Auf der linken Seite des Links-Rechts-Spektrums stiess die Vorlage auf Zustimmung, auf der rechten Seite auf Ablehnung. Personen, die sich in der Mitte verorten, legten zu etwa gleich grossen Teilen ein «Ja» (51 %) oder ein «Nein» in die Urne (49 %).

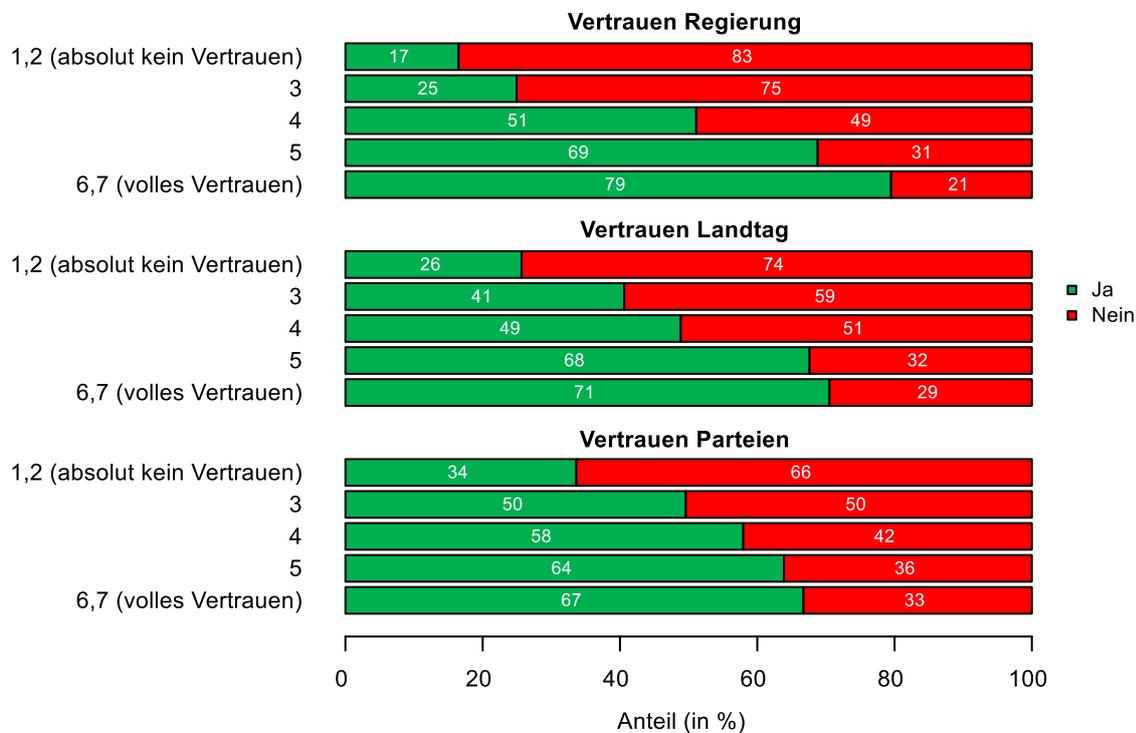


Darüber hinaus korreliert der Stimmentscheid mit der persönlichen Betroffenheit. Personen, die selbst bei der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) versichert sind und zusätzlich auch noch nahestehende Personen (wie Eltern, Ehegatte, Lebenspartnerin oder Kinder) haben, die bei der SPL versichert sind, nahmen die Vorlage beinahe geschlossen an (96%). Ebenfalls auf sehr hohe Zustimmung stiess die Vorlage unter Personen, die selber bei der SPL versichert sind, ohne dass aber weitere Nahestehenden bei der SPL versichert sind (92%). Stimmende, die solche Nahestehenden haben, aber selber nicht bei der SPL versichert sind, lehnten die Vorlage insgesamt eher ab (55% Nein-Stimmen-Anteil). Schliesslich stiess die Vorlage vor allem unter denjenigen auf Ablehnung, die weder selber bei der SPL versichert sind noch Nahestehende bei der SPL haben. Zwei von drei dieser Nicht-Betroffenen legten ein Nein in die Urne (66%).

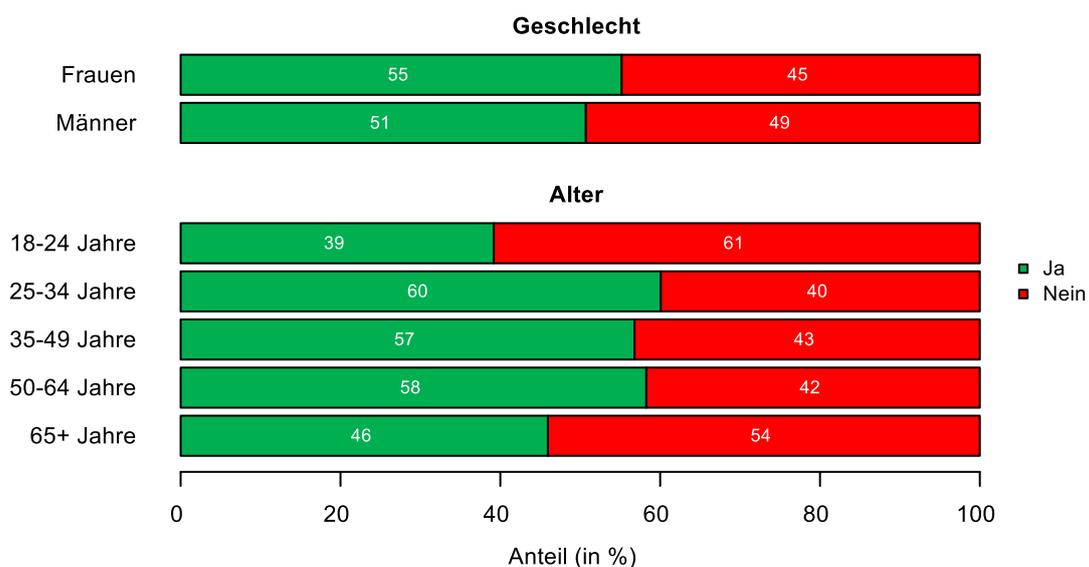
Der Versichertenstatus determiniert den Entscheid zwar nicht und ist auch nicht der einzige Faktor, der das Stimmvotum erklärt. Aber er ist gewiss der *einflussstärkste* Prädiktor des Entscheids. Als Beispiel: Die Chance (*odds*), der SPL-Vorlage zuzustimmen, erhöht sich selbst bei Konstanzhaltung der Links-Rechts-Selbsteinstufung um das 23-fache (!), wenn man bei der SPL selbst versichert ist.



Darüber hinaus bestehen auch bei dieser Abstimmung Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und dem Stimmentscheid. Dies zeigt sich insbesondere beim Blick auf das Vertrauen gegenüber Regierung, Landtag und politischen Parteien. Je höher dieses Vertrauen ist, desto eher wurde die Vorlage angenommen.



Demgegenüber spielten soziodemografische Indikatoren kaum eine Rolle. Frauen (55 %) stimmten der Vorlage insgesamt etwas häufiger zu als Männer (51 %). Auch mit Blick auf das Alter gibt es keinen eindeutigen Trend. Auf Skepsis stiess die Vorlage insbesondere in der jüngsten und in der ältesten Altersgruppe. Insbesondere bei der jüngsten Altersgruppe sind die Fallzahlen jedoch klein und die statistische Unsicherheit dementsprechend gross.



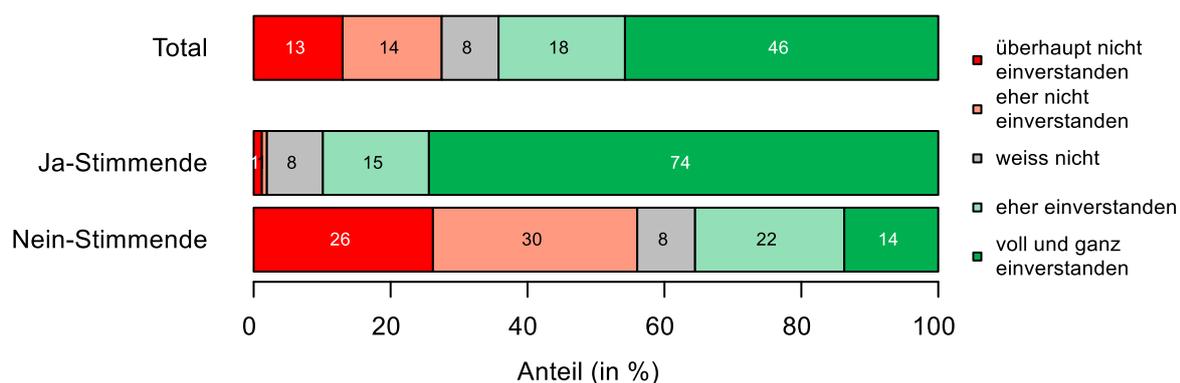
Anklang der Argumente

Den Befragten wurden konkrete, direkt mit der Abstimmungsfrage verknüpfte Argumente vorgelegt. Diese Argumente wurden im Abstimmungskampf in identischem oder ähnlichem Wortlaut vorgebracht. Welchen Anklang fanden sie?

Pro-Argumente

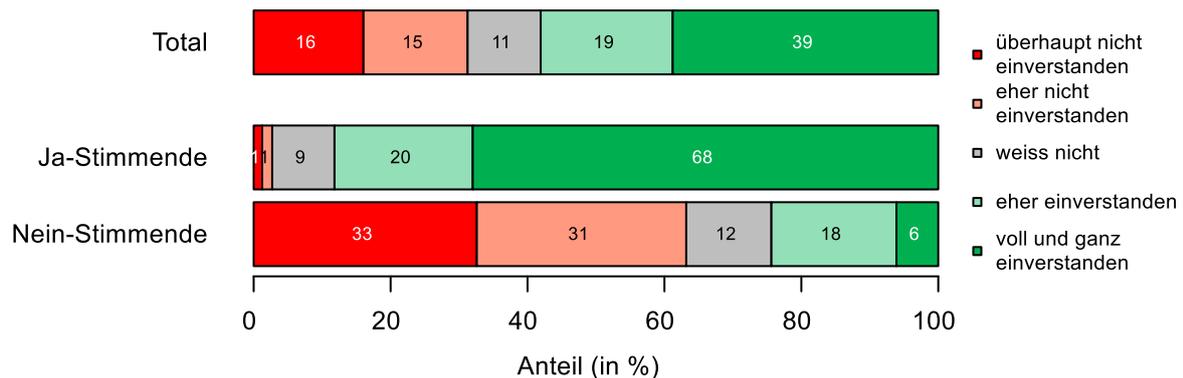
Alle vier abgefragten Pro-Argumente stiessen insgesamt auf mehrheitliche Zustimmung. Am meisten Rückhalt geniesst das Argument, wonach bei einem Nein zur Vorlage das gesamte Massnahmenpaket nicht umgesetzt werden kann – also auch diejenigen Massnahmen nicht, die auch von den Referendumswerbern für gut befunden wurden. In der Konsequenz würden die Probleme der staatlichen Pensionskasse weiterhin ungelöst bleiben und das Risiko für zukünftige Sanierungsmassnahmen würde steigen. Rund zwei von drei Stimmenden sind mit dieser Argumentation sehr oder eher einverstanden (64 %). Besonders gross ist der Rückhalt wenig überraschend unter den Ja-Stimmenden (89 %), aber auch mehr als ein Drittel der Nein-Stimmenden ist sehr oder eher damit einverstanden (36 %).

«Bei einem Nein wird das gesamte Massnahmenpaket nicht umgesetzt, auch jene Massnahmen, die von den Referendumswerbern für gut befunden werden. Damit bleiben die Probleme der staatlichen Pensionskasse weiterhin ungelöst und das Risiko zukünftiger Sanierungsmassnahmen steigt.»



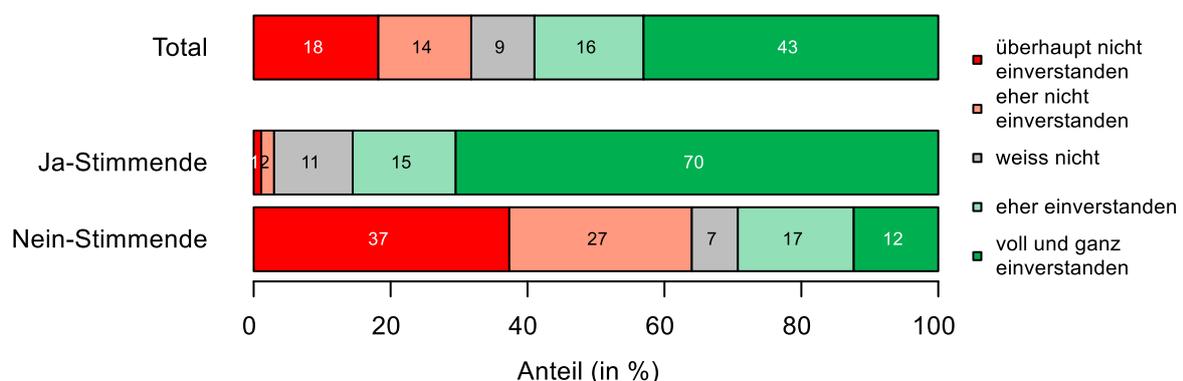
Im Abstimmungskampf wurde argumentiert, dass das Hauptproblem der staatlichen Pensionskasse in der Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern bestehe. Mit dem vorgeschlagenen Massnahmenpaket könne diese Schlechterstellung der aktiv Versicherten aufgehoben werden. Dies sehen auch die Stimmenden mehrheitlich so und stimmen dieser Argumentation insgesamt zu (58 %). Während die grosse Mehrheit der Ja-Stimmenden diese Meinung vertritt (88 %), liegt die Zustimmung unter den Nein-Stimmenden bei rund einem Viertel (24 %). Zwei Drittel von ihnen lehnen es demgegenüber ab (64 %).

«Das Hauptproblem der staatlichen Pensionskasse ist die Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern. Diese Schlechterstellung der aktiv Versicherten wird mit dem vorgeschlagenen Massnahmenpaket endlich aufgehoben.»



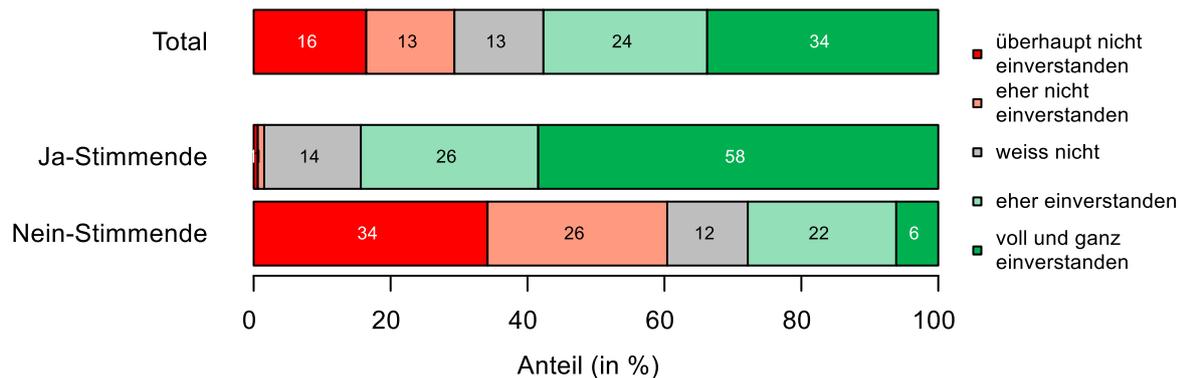
Ein weiteres Argument für die Vorlage bestand darin, dass der Staat bei der staatlichen Pensionskasse wie jeder andere Arbeitgeber die Verpflichtung hat, sich bei Problemen finanziell zu beteiligen. Wenn er also Steuergelder in seine Pensionskasse einschießt, so das Argument, geschehe das Gleiche wie bei anderen Pensionsversicherungen in einer vergleichbaren Situation. 59 Prozent der Stimmenden sehen dies auch so und stimmen dieser Argumentation sehr oder eher zu. Während sie unter den Ja-Stimmenden kaum bezweifelt wird – nur drei Prozent sind damit überhaupt oder eher nicht einverstanden –, stösst sie unter den Nein-Stimmenden auf mehrheitliche Ablehnung (64 % überhaupt/eher nicht einverstanden).

«Der Staat hat bei der staatlichen Pensionskasse wie jeder andere Arbeitgeber die Verpflichtung, sich bei Problemen finanziell zu beteiligen. Wenn er also Steuergelder in seine Pensionskasse einschießt, geschieht genau das Gleiche wie bei anderen Pensionsversicherungen in einer vergleichbaren Situation.»



Schliesslich befürwortet die Mehrheit von 58 Prozent der Stimmenden das Argument, dass die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital die SPL davon befreit, das Darlehen bei einem besseren Deckungsgrad zurückzahlen zu müssen, womit die finanzielle Stabilität der SPL und ihr Handlungsspielraum erhöht würden. Die Nein-Stimmenden sind mit dieser Argumentation mehrheitlich nicht einverstanden (60 %), während ihr nur eine kleine Minderheit von zwei Prozent der Ja-Stimmenden widerspricht.

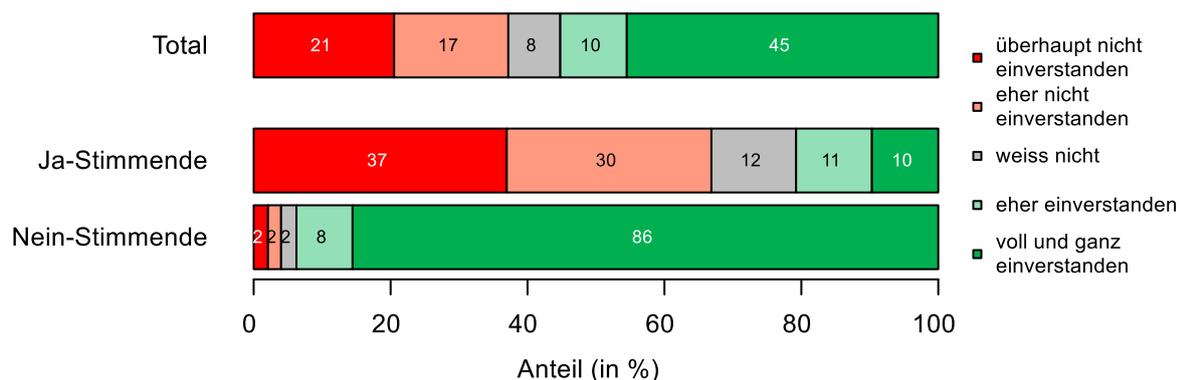
«Die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital befreit die SPL davon, bei einem besseren Deckungsgrad das Darlehen zurückzahlen zu müssen. Das erhöht den Handlungsspielraum der SPL und sichert langfristig ihre finanzielle Stabilität.»



Kontra-Argumente

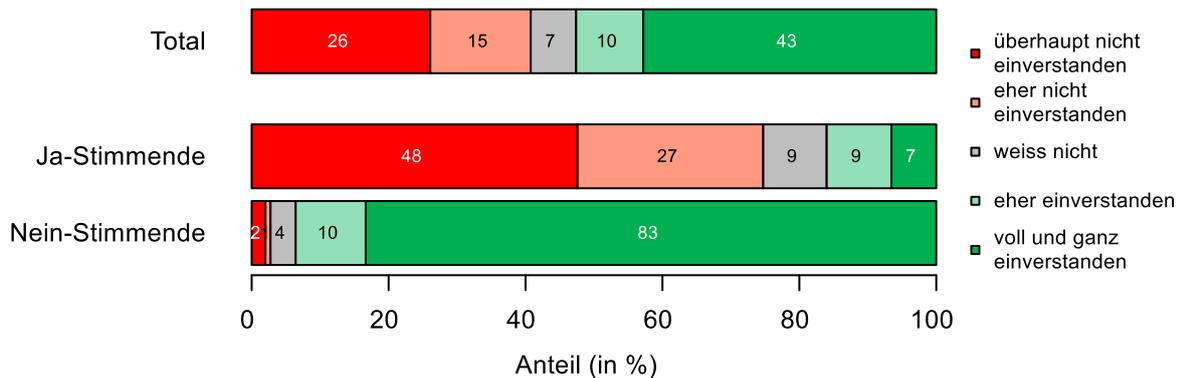
Grundsätzlich sind die Stimmenden mehrheitlich (55 %) der Ansicht, dass nicht das Parlament oder die Regierung, sondern das Volk entscheiden soll, ob das 2014 gewährte Darlehen nun der SPL überlassen werden soll. Schliesslich sei dieses Darlehen bei der Volksabstimmung 2014 ein ganz wichtiger Punkt gewesen. Der überwältigenden Zustimmung der Nein-Stimmenden (96 %) steht rund ein Fünftel der Ja-Stimmenden gegenüber, die ebenfalls so denken (21 %).

«Nicht das Parlament oder die Regierung, sondern das Volk soll entscheiden, ob das 2014 gewährte Darlehen der SPL nun überlassen werden soll. Schliesslich war dieses Darlehen bei der Volksabstimmung von 2014 ein ganz wichtiger Punkt.»



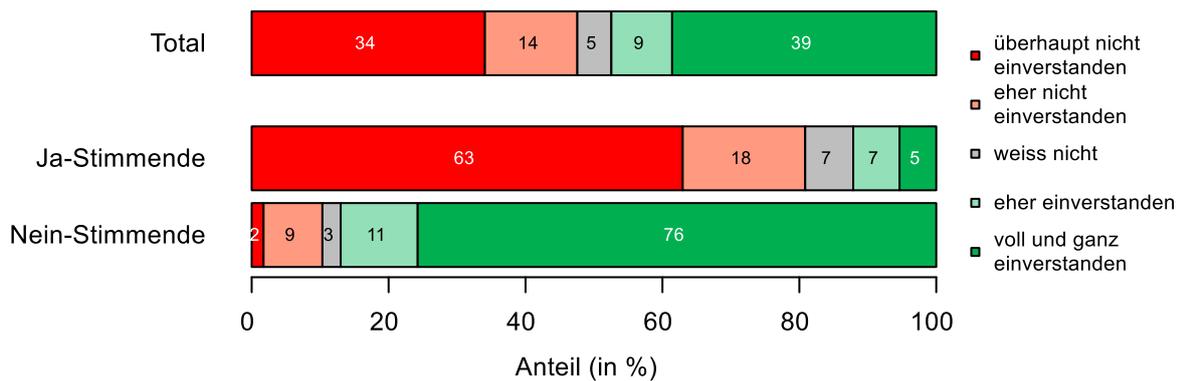
Ebenfalls insgesamt auf Zustimmung stösst die Meinung, dass es nicht sein könne, dass die staatliche Pensionskasse wegen zu hohen Rentenversprechen in der Vergangenheit nun wieder staatliche Unterstützung erhalten soll (53 %). Während sich hohe 93 % der Nein-Stimmenden diesbezüglich einverstanden äussern, sind drei Viertel der Ja-Stimmenden anderer Ansicht (75 %) und widersprechen dieser Meinung sehr oder eher.

«Es kann nicht sein, dass die staatliche Pensionskasse wegen zu hohen Rentenversprechen in der Vergangenheit nun schon wieder staatliche Unterstützung erhalten soll.»



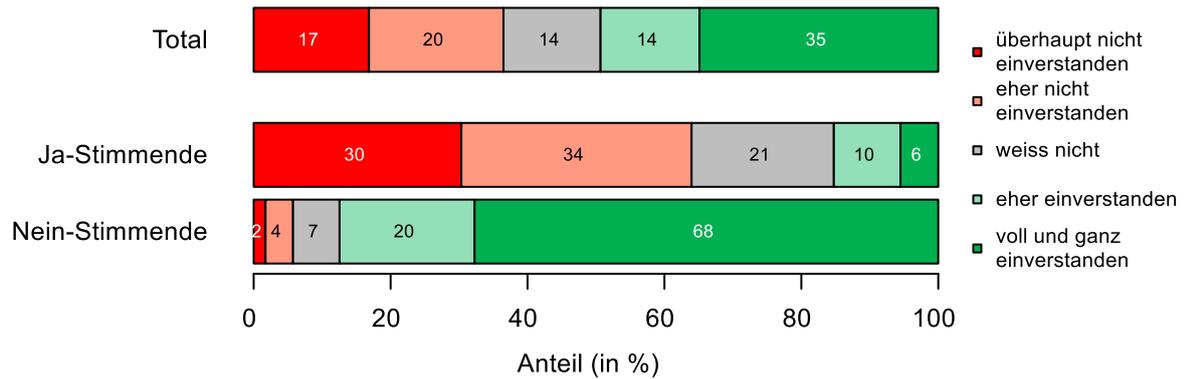
Geteilt sind die Meinungen insbesondere beim Argument, dass eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung vorliege, da die staatliche Pensionskasse vom Staat mit Steuergeldern unterstützt werde und die privaten Pensionskassen nicht. Jeweils rund 48 Prozent der Stimmenden sind mit diesem Argument sehr oder eher einverstanden respektive widersprechen ihm sehr oder eher dezidiert. Auf Zustimmung stösst diese Ansicht insbesondere unter den Nein-Stimmenden (87 %), während ihr die Ja-Stimmenden mehrheitlich widersprechen (81 %).

«Die staatliche Pensionskasse wird vom Staat mit Steuergeldern unterstützt, die privaten Pensionskassen aber nicht. Das ist eine ungerechte Ungleichbehandlung.»



Schliesslich findet die grosse Mehrheit der Nein-Stimmenden (88 %), dass die Pensionskasse mit dem heutigen Deckungsgrad alle Verpflichtungen erfüllen kann ohne auf das 2014 gewährte Darlehen angewiesen zu sein. Die Ja-Stimmenden sind mehrheitlich anderer Meinung (64 %), wobei aber ein Fünftel der Ja-Stimmenden dieses Argument nicht beurteilen kann oder will (21 %). Insgesamt findet eine relative Mehrheit von 49 Prozent, dass die Erfüllung der Verpflichtungen mit dem heutigen Deckungsgrad möglich sein sollte. 37 Prozent widersprechen dieser Meinung.

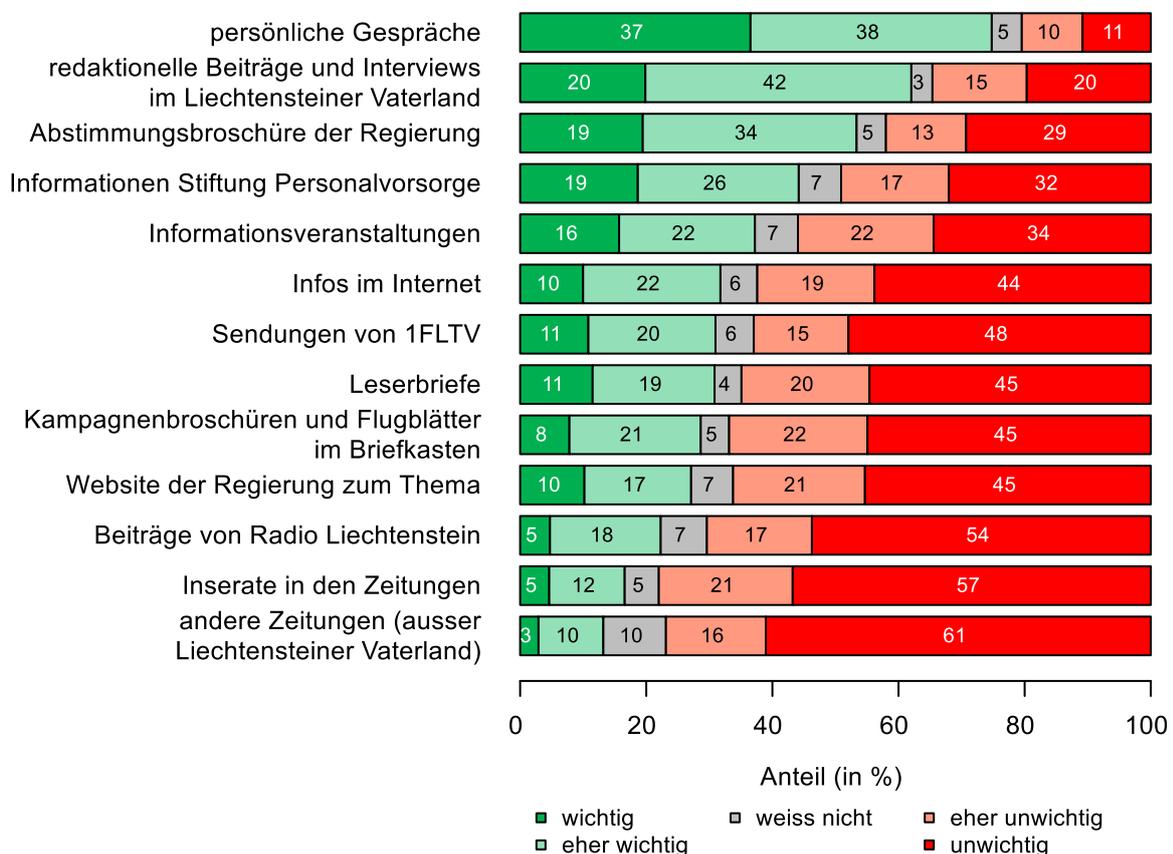
«Die Pensionskasse kann mit dem heutigen Deckungsgrad alle Verpflichtungen erfüllen, ohne auf das 2014 gewährte Darlehen angewiesen zu sein.»



Informationskanäle

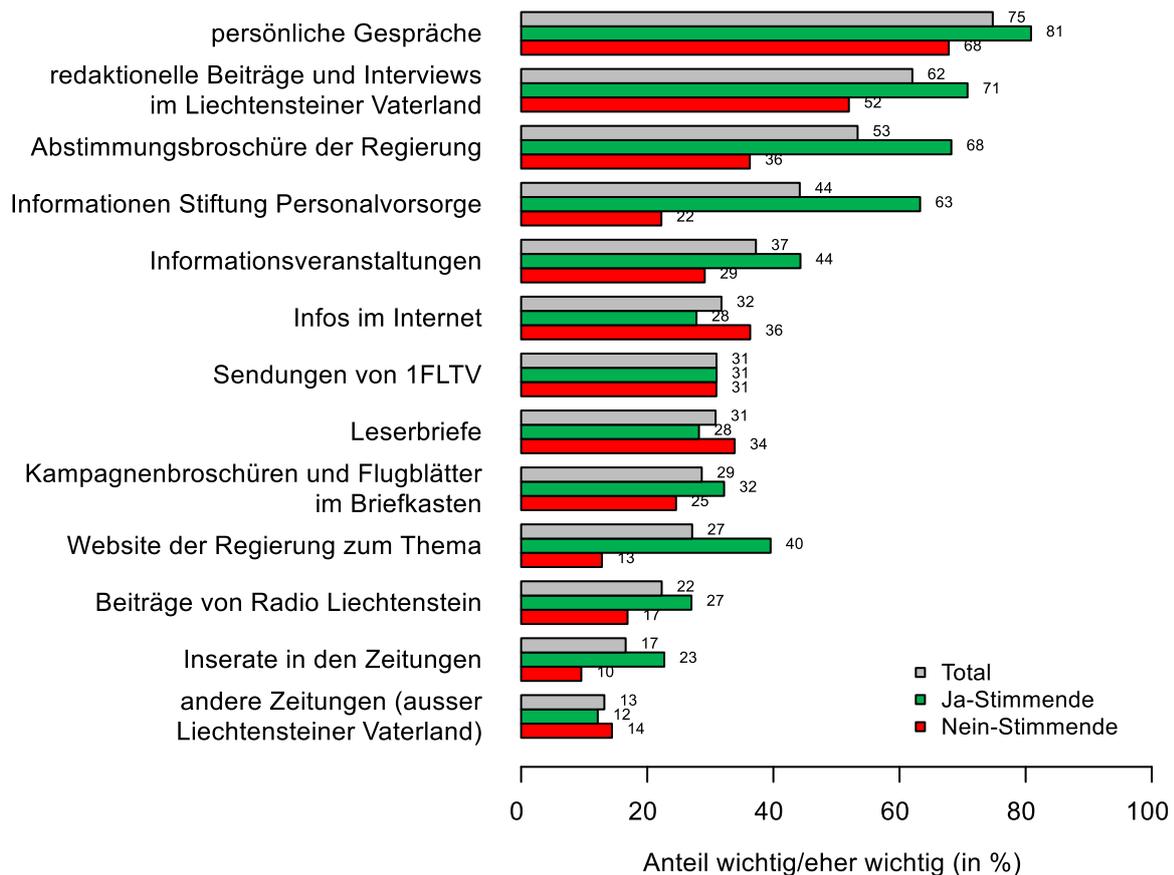
Das persönliche Gespräch, die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland sowie die Abstimmungsbroschüre der Regierung werden von absoluten Mehrheiten der Stimmenden als wichtig oder eher wichtig für ihre Entscheidungsfindung betrachtet. Daneben kommen auch den Informationen der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein eine gewisse Bedeutung zu – schliesslich wurden sie von 45 Prozent der Stimmenden als wichtig erachtet. Die restlichen Informationskanäle werden von mehr als der Hälfte der Stimmenden als unwichtig oder eher unwichtig beurteilt. Dies darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch diese Kanäle für einzelne Stimmberechtigte von grosser Bedeutung sein können.

Frage: Sind die folgenden Informationskanäle für Ihre Entscheidungsfindung eher wichtig oder eher unwichtig gewesen?



Aufgeschlüsselt nach Stimmenscheid zeigen sich wie üblich teils erhebliche Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegnerschaft. Für die Befürworterschaft besonders zentral waren neben dem persönlichen Gespräch vor allem die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland, die Abstimmungsbroschüre der Regierung, die Informationen der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein sowie Informationsveranstaltungen und die Website der Regierung zum Thema.

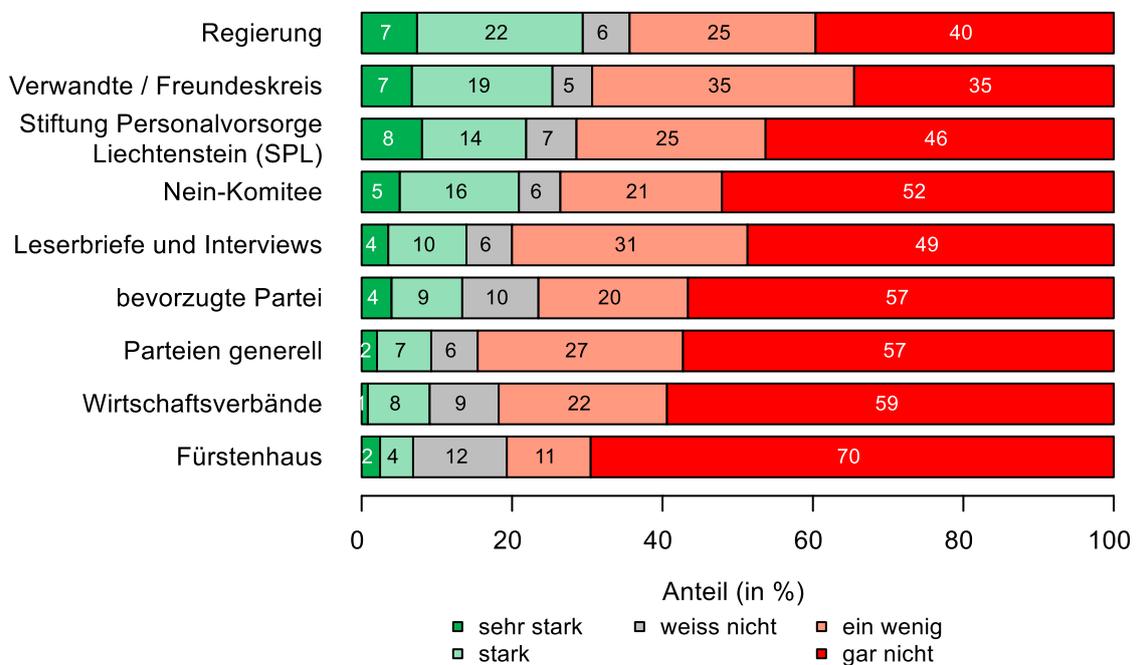
Von den Gegnerinnen und Gegnern häufiger genannt als von den Befürworterinnen und Befürwortern wurden insbesondere die Informationen im Internet sowie die Leserbriefe.



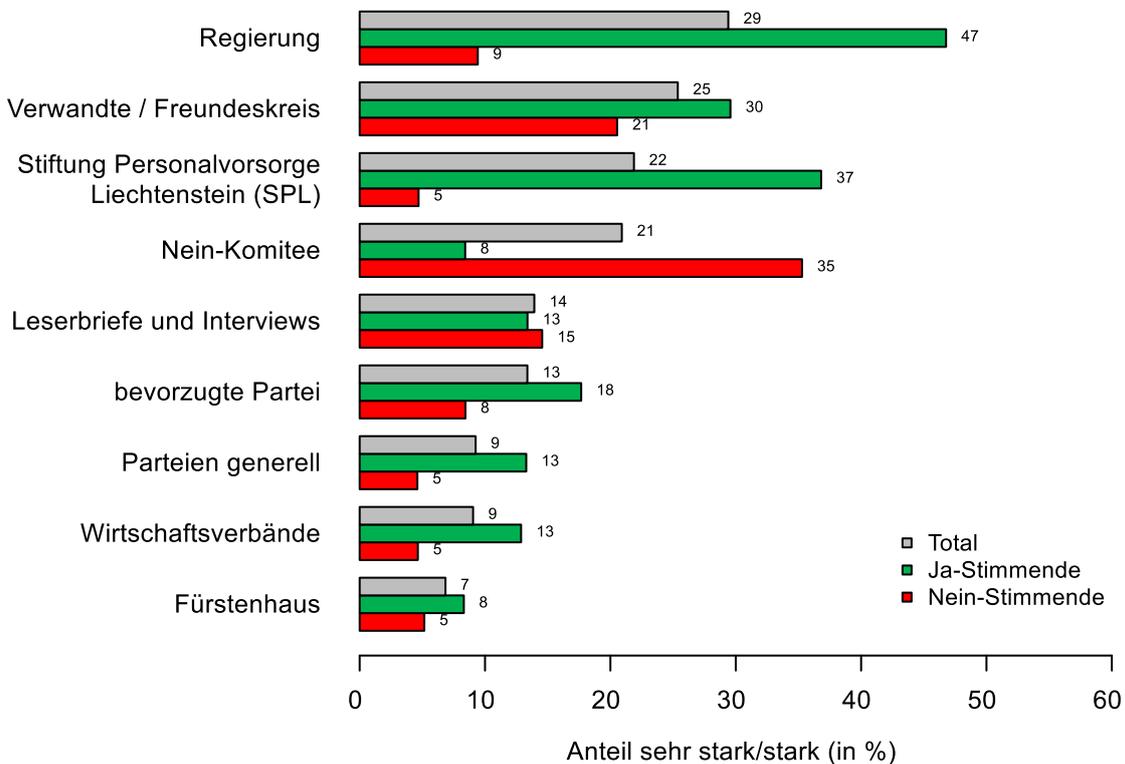
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Empfehlungen und Meinungen verschiedener Akteure spielten für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der Stimmenden insgesamt keine überaus grosse Rolle – mit zwei Ausnahmen. Die Empfehlung der Regierung war für beinahe ein Drittel (29 %) der Stimmenden ein wichtiger Referenzpunkt bei der Meinungsbildung. Einzig bei der IWF-Abstimmung erzielte die Regierungsempfehlung in jüngerer Vergangenheit einen höheren Wert (36 %). Sodann orientierte sich etwa mehr als ein Fünftel der Stimmenden (22 %) an der Empfehlung der SPL – auch das ein überdurchschnittlich hoher Bedeutungswert. Diese hohen Orientierungswerte deuten darauf hin, dass die Entscheidungsmaterie durchaus komplex war, denn auf Empfehlungen greift man üblicherweise dann zurück, wenn die Sachfrage komplexer Natur ist.

Frage: Wie stark haben Empfehlungen oder Meinungen von verschiedenen Akteuren Ihre eigene Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beeinflusst?



Überdies zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden. Dies gilt vor allem für die Empfehlungen der Regierung und der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein, die von den Ja-Stimmenden klar häufiger genannt wurden als von den Nein-Stimmenden. Bemerkenswert ist dabei nicht der Umstand, dass die Ja-Stimmenden die Regierungsempfehlung bzw. jene der SPL beachteten, sondern vielmehr *das Ausmass*: Fast die Hälfte (47 %) der Ja-Stimmenden gab an, dass die Regierungsposition bei ihrer Meinungsbildung von Bedeutung war. Und 37 Prozent wurden gemäss eigenen Angaben von der SPL-Empfehlung beeinflusst.



Motive

Die Befragten konnten angeben, welche Motive sie zu ihrer Entscheidung bewegten. Die Motivfrage ist eine offene Frage, d.h. es werden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Vielmehr ist es den Befragten überlassen, die Beweggründe ihres Entscheids in eigenen Worten zu formulieren. Die Antworten der Befragten wurden aufgrund eines Codeschemas sodann übergeordneten Begriffen/ Kategorien zugewiesen. Die Umfrageteilnehmenden geben bisweilen mehr als bloss ein Stimmmotiv an. Deshalb werden in der Auswertung zum einen die *erstgenannten* Motivnennungen, zum anderen alle Motivnennungen ausgewiesen. Die nachfolgenden Prozentwerte im Bericht beziehen sich, wo nicht anders ausdrücklich erwähnt, stets auf das *Total aller Motivnennungen*. Als Beispiele sind in Klammern bisweilen auch Originalaussagen aus der Umfrage angegeben.

Generell ist festzuhalten, dass sich nur eine Minderheit der Stimmenden bei der Motivnennung auf einzelne, konkrete Massnahmen des fünfteiligen Massnahmenpakets bezog. Eine Mehrheit in beiden Lagern – also sowohl der Ja- wie auch der Nein-Stimmenden – bezog sich auf übergeordnete Wertvorstellungen, meist auf das Gerechtigkeits- oder das Gleichbehandlungsprinzip. Das ist angesichts dessen, dass die Vorlage im Detail betrachtet einen hohen Komplexitätsgrad aufwies (zur Illustration seien Begriffe wie «technischer Zinssatz», «Beitragsprimat», «geschlossenes Vorsorgewerk» genannt), nicht derart erstaunlich. So war das am häufigsten genannte Motiv der Nein-Stimmenden die aus ihrer Sicht ungleiche/ungerechte Behandlung der Pensionskassen (z. B.: «Privaten Pensionskassen wird, falls sie

nicht gedeckt sind, auch nicht geholfen»): Insgesamt gaben 44 Prozent aller Nein-Stimmenden dieses Motiv an. Auf der anderen Seite sah rund ein Viertel der Ja-Stimmenden seinen Entscheid als eine Solidaritätsbekundung mit SPL-Versicherten (z. B. «weil die Landesangestellten nichts für die schlechte Pensionskasse können»). Überdies kommt bei den Ja-Stimmenden die persönliche Betroffenheit (z. B. «bin selber bei der SPL versichert») als Motiv hinzu. Natürlich spielte es als Beweggrund auch noch bei vielen weiteren Befürwortenden eine Rolle, aber 13 Prozent gaben die persönliche Betroffenheit als Hauptgrund an. Nicht wenige Ja-Stimmende, vor allem solche, die selbst nicht bei der SPL versichert sind, wollten zudem das Thema der staatlichen Pensionskasse endlich abschliessen (19 %). Ausserdem sahen 17 Prozent den Staat als Arbeitgeber in der Pflicht, seinen Angestellten eine mit anderen Pensionskassen vergleichbare Rente zu sichern. Auch bei diesem Motiv spielte der Gerechtigkeits- oder Fairnessgedanke eine Rolle. Zuletzt waren auch (negative) Emotionen gegen die Referendumsträgerschaft im Spiel (10 %).

Auf konkrete Massnahmen bezogene Motive wurden vonseiten der Ja-Stimmenden zwar durchaus genannt, aber minderheitlich (32 %). Wenn sie genannt wurden, dann hauptsächlich in Bezug auf die Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern; diese Umverteilung soll, so diese Ja-Stimmenden, gestoppt werden. Des Weiteren wurde der Vorlage auch zugestimmt, um den Staat als Arbeitgeber dank «konkurrenzfähiger» Pensionskasse attraktiver zu machen.

Auch auf der Nein-Seite wurden konkrete Massnahmen genannt. Das Hauptmotiv war aber, wie oben bereits erwähnt, die von den Nein-Stimmenden wahrgenommene Ungleichbehandlung der staatlichen und privaten Pensionskassen (44 %). Sodann wurden einzelne Massnahmen für überflüssig erachtet (17 %), hauptsächlich weil man der Ansicht war, der Deckungsgrad der SPL sei mittlerweile ausreichend hoch.

Die Nein-Stimmenden kritisierten darüber hinaus die Pensionskassenstrategie in der Vergangenheit bzw. die (politische) Führung und waren deshalb nicht gewillt, der Vorlage bzw. einzelnen Massnahmen (z. B. Ausfinanzierung bestehender Renten) zuzustimmen. Rund ein Viertel (24 %) war ausserdem der Ansicht, dass ein Darlehen aus Prinzip zurückgezahlt werden müsse, unter anderem auch aus demokratiethoretischen Gründen (z. B. «Das Darlehen wurde mit einer Volksabstimmung gewährt und sollte deshalb auch, wenn überhaupt, mit einer Volksabstimmung verschenkt werden. Sonst sind die Abstimmungen nicht mehr sinnvoll.»).

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Gamprin-Bendern
Tel. +423 320 33 00
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li